

18/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Ein großartiger Erfolg für Helmut Kohl

Die Ergebnisse des NATO-Gipfels in Brüssel sind ein großer Erfolg für die Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl und der von ihm geführten Bundesregierung. Der nachhaltige Einsatz des Bundeskanzlers für konventionelle und atomare Abrüstung hat wesentlich zur Abrüstungsinitiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, George Bush, beigetragen, erklärt der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm.

Mit der Stationierung der Mittelstreckenraketen schuf Helmut Kohl die Voraussetzung für das INF-Abkommen und damit für das Verschwinden der Mittelstreckenraketen aus Europa. Mit seiner konsequenten, weitsichtigen Haltung vor dem NATO-Gipfeltreffen ermöglichte er das Angebot der NATO, über die Verringerung der konventionellen Streitkräfte in Ost und West und anschließend über den Abbau von Kurzstreckenraketen zu verhandeln. Daß der NATO-Gipfel in Brüssel ein Erfolg wurde, ist ein großes Verdienst von Helmut Kohl. Helmut Kohl ist der Kanzler der Abrüstung. Zug um Zug macht er sein Versprechen wahr, Frieden zu schaffen mit weniger Waffen.

HEUTE AKTUELL

- **Arbeitsmarkt**
Weiter im Aufwind. Bundesanstalt rechnet mit weniger als zwei Millionen Arbeitslosen. Seite 8
- **Kohlepolitik**
Kanzler-Brief an die Betriebsräte. Seite 11
- **Innere Sicherheit**
Schutz vor Terror auf den Straßen. Seite 13
- **Familienpolitik**
Gesundheitsreform brachte viele Verbesserungen für Frauen und Familien. Seite 15
- **Europa**
Die Arbeit der Europäischen Volkspartei (EVP) war sehr erfolgreich. Seite 17
- **Dokumentation**
Trends in der öffentlichen Meinung im Vorfeld der Europawahl / Eine Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung. Grüner Teil

Heiner Geißler:

NATO-Beschluß entspricht Forderung des Wiesbadener Parteitages

Die einstimmige Verabschiedung des Gesamtkonzepts für Abrüstung und Rüstungskontrolle zeigt die Geschlossenheit und Vitalität der NATO und ist ein großer Erfolg für die Bundesregierung und Bundeskanzler Helmut Kohl. Der Beschuß der NATO entspricht der auf dem Wiesbadener Parteitag der CDU von 1988 aufgestellten Forderung nach einer „Atlantischen Charta — NATO 2000“, die die außen-, sicherheits- und abrüstungspolitischen Ziele der Atlantischen Allianz angesichts des verbesserten Ost-West-Verhältnisses festlegt.

Der Beschuß des NATO-Gipfels zeigt, daß der Westen unter Führung der USA auch in der Abüstungspolitik die Initiative besitzt. Ohne die klare Haltung des Bundeskanzlers und ohne die intensiven vorbereitenden Gespräche der zuständigen Minister, u. a. von Bundesverteidi-

gungsminister Gerhard Stoltenberg, wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen.

Die Initiative der NATO hat das richtige Ziel, nämlich die massive Überlegenheit der Sowjetunion bei Panzern, Geschützen, Flugzeugen und Streitkräften zu beseitigen. Es liegt jetzt beim Warschauer Pakt, den Abüstungsvorschlag der NATO positiv zu beantworten.

Die 40 Jahre NATO waren gleichzeitig 40 Jahre der politischen und ideologischen Auseinandersetzung zwischen dem freien Westen und dem kommunistischen System. Der Kommunismus hat diese Auseinandersetzung weltweit verloren. Es ist gut, daß die NATO in dieser historischen Situation den Sieg der Ideale von Freiheit und Demokratie nicht verspielt hat, sondern fähig war, geschlossen und kraftvoll eine neue Phase der Abüstung und der Zusammenarbeit mit dem Osten zu beginnen.

Bundesrepublik 1988 Export-Weltmeister

Die Bundesrepublik ist 1988 „Export-Weltmeister“ geblieben. Sie lieferte sich ein „Kopf-an-Kopf-Rennen“ mit den USA, wobei die Deutschen am Ende die Nase vorn behielten, berichtete das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln. 1988 exportierte sie Waren und Dienstleistungen im Wert von 323 Milliarden Dollar (rund 640 Milliarden Mark), die USA im Wert von 322 Milliarden Dollar und Japan im Wert von 264 Milliarden Dollar (520 Milliarden Mark).

Hasselfeldt: Zuwachs bei Bauinvestitionen

Wohnungsbauministerin Gerda Hasselfeldt (CSU) erwartet einen Zuwachs der Bauinvestitionen zwischen 4 und 5 Prozent auch in diesem Jahr. Die Politikerin begründete ihre Zuversicht mit dem anhaltend starken Produktionsanstieg. Die gute Konjunktur werde vom Wohnungsbau getragen. Mit einem Anstieg von rund 55 Prozent im ersten Quartal seien insbesondere die Genehmigungs- zahlen für Mehrfamilienhäuser so stark wie seit langem nicht mehr gestiegen.

Alfred Dregger:

Im deutschen Interesse

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt den Erfolg von Brüssel. Die Vorschläge des amerikanischen Präsidenten zur konventionellen Abrüstung und der Vorschlag der deutschen Regierung zur atomaren Abrüstung im Reichweitenband unter 500 Kilometer sind Grundlage eines ausgewogenen Kompromisses, der den deutschen Interessen ebenso gerecht wird wie den Allianzinteressen. Die Klarheit der deutschen Position, die mit voller und aktiver Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen alle Widerstände durchgetragen wurde, hat zu diesem Allianzerfolg entscheidend beigetragen.

Wenn das Bündnis 1992 im Licht der bis dahin erreichten Abrüstungsergebnisse sich mit der Erneuerung des nuklearen Abwehrpotentials im Kurzstreckenbereich befassen wird, wird auch die nukleare Rohrartillerie Verhandlungsgegenstand sein müssen. Wir werden bis dahin unsere Kontakte zu unseren Verbündeten nutzen, um für unseren Standpunkt zu werben, daß es in diesem Bereich zumindest zu einer drastischen Verminderung, wie es im deutschen Vorschlag geheißen hat, kommen sollte. Zur Vorbereitung dieser Gespräche sollte der zweifelhafte militärische Nutzen dieser Waffensysteme einer kritischen Prüfung unterzogen werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beglückwünscht Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher zu diesem großen Verhandlungserfolg. Wir begrüßen den amerikanischen Präsidenten als unseren Freund und danken ihm für seine Klugheit und

Bereitschaft, die deutschen Interessen zu respektieren.

Das gilt nicht nur für die Sicherheitspolitik. Wir Deutsche würdigen, daß Präsident Bush wie alle seine Vorgänger — den Verpflichtungen aus dem Deutschland-Vertrag entsprechend — stets für die Einheit Deutschlands und Europas eingetreten ist. Auch durch den Schutz der alten deutschen Hauptstadt Berlin haben die USA sich besondere Verdienste um unser Land erworben.

So sehr wir für eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion im Rahmen des Möglichen eintreten; wir Deutsche vergessen nicht, wer sich in schweren Zeiten als unser Freund und als verlässlicher Verbündeter erwiesen hat. Wir hoffen, daß die Einigung in Brüssel der Allianz neue Kräfte zuführt und das Einvernehmen zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland in dem Bewußtsein stärkt, daß wir auch in Zukunft aufeinander angewiesen bleiben.

Töpfer regt Gründung einer Umweltagentur an

Bundesumweltminister Klaus Töpfer hat in Prag auf der Konferenz der Umweltminister die Gründung einer europäischen Umweltagentur angeregt. Diese Agentur soll sich um umfassende Umweltinformationen bemühen. An der zweitägigen Konferenz nahmen die Umweltminister aller mitteleuropäischen Staaten und der Sowjetunion teil. Ziel ist es, ein Treffen der Regierungschefs zur Lösung grenzüberschreitender Umweltprobleme vorzubereiten.

40 Jahre NATO – 40 Jahre Frieden und Freiheit

Bundeskanzler Helmut Kohl bezeichnete die Abrüstungspolitik des amerikanischen Präsidenten Bush als einen „Meilenstein“ auf dem Weg zu einer gerechten Friedensordnung in Europa. Dieser Weg führe in eine friedliche Zukunft, in der die Teilung Europas und die Teilung Deutschlands überwunden werden könne, sagte Helmut Kohl zu den Ergebnissen des Brüsseler NATO-Gipfels.

Eine Erklärung des Bundeskanzlers auf dem Gipfeltreffen am 29./30. Mai 1989 in Brüssel hatte folgenden Wortlaut:

40 Jahre NATO bedeuten — 40 Jahre Frieden in Freiheit — das ist die Geschichte eines großartigen Erfolges in diesem Jahrhundert.

Als am 4. April 1949 in Washington die Außenminister von 12 Staaten den Nordatlantikvertrag unterzeichneten; als in den fünfziger Jahren weitere 3 Länder beitraten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland; da richteten wohl nur wenige der handelnden Staatsmänner und der Zeitzeugen den Blick in die achtziger Jahre. Taten sie es dennoch, dann stand ihnen die im gleichen Jahr verfaßte düstere Vision George Orwells vor Augen, die Vision eines erschreckenden Totalitarismus, dem Freiheit, Menschenrechte und Menschenwürde geopfert wurden.

1949 schienen die Zeichen der Zeit für Orwell zu sprechen:

■ Das Ende des 2. Weltkrieges hatte den Völkern Osteuropas nicht Freiheit und Selbstbestimmung gebracht sondern neue Tyrannie;

■ die Berliner Blockade sollte unserer

alten deutschen Hauptstadt den Willen zu Freiheit und Selbstbehauptung nehmen;

- in China stand Mao Zedong vor den Toren der Macht;
- die Sowjetunion baute ihre erste Atombombe.

Dies waren die Herausforderungen, die sich den Gründervätern unseres Bündnisses stellten. Sie setzten den Herausforderungen der Gewalt und der Unfreiheit das Bündnis der Demokratien Europas und Nordamerikas entgegen, einig im Willen, die gemeinsame Freiheit zu verteidigen, die gemeinsamen Werte von Selbstbestimmung, von Menschenrecht und Menschenwürde hochzuhalten und die Wohlfahrt ihrer Völker zu mehren.

Sie setzten mit der Schaffung unseres Bündnisses gleichzeitig ein Zeichen der Hoffnung für die Menschen jenseits des „Eisernen Vorhangs“, der sich damals über Europa senkte. Dieses Verteidigungsbündnis — unser Bündnis — hat vor der Geschichte glänzend bestanden. Das schwierige internationale Umfeld der Anfangsjahre und vier bewegte Jahrzehnte verdeutlichen dies:

1950 Koreakrieg, 1953 Berliner Aufstand, 1956 ungarischer Aufstand, 1958 Berlin-Ultimatum, 1961 Berliner Mauer, in den sechziger Jahren Kuba-Krise, Vietnam und Prag, in den siebziger Jahren Angola, Mosambik, Äthiopien, Afghanistan und schließlich Nicaragua: Eine lange, blutige Kette, in der diktatorische Regime versuchten, ihre Macht zu erweitern, ihr System und ihre Ideologie zu exportieren und den Freiheitswillen der Völker zu unterdrücken.

Alle diese Kriege und Krisen machten an den Grenzen und Küsten unseres Bündnisses halt:

- Frieden und Sicherheit blieben uns erhalten;
- kein Fußbreit Boden unserer Freiheit ging verloren.

Dies allein ist schon Grund genug, das 40. Jubiläum unseres Bündnisses stolz zu feiern.

Zugleich erleben wir Zeichen einer weltpolitischen Wende:

- Generalsekretär Gorbatschow, der sein Land nach innen und außen öffnet,
- kommunistische Parteien, die sich anschicken, das Wahrheitsmonopol aufzugeben und — wie in Polen und Ungarn — die Macht zu teilen;
- einen Eisernen Vorhang, der, im Fall Ungarns, stückweise abgerissen wird — und wer hoffte nach diesem Beispiel nicht auf den Abbruch der Berliner Mauer!
- den Rückzug der Sowjetunion aus Afghanistan;
- Rüstungspotentiale, die abgebaut und verschrottet werden;
- Zentrale Planwirtschaften, die den Markt entdecken und auf die Verantwortung des einzelnen setzen;
- und nicht zuletzt Völker, die nach Jahrzehnten der Unterdrückung ihre nationale Identität wiederentdecken und für ihre Freiheit kämpfen.

All dies zeigt, daß nicht dem Kollektivismus die Zukunft gehört, sondern den freiheitlichen Werten, für die wir stehen. All dies sind Entwicklungen, die wir — so wird die künftige Geschichtsschreibung sicher urteilen — durch den Erfolg unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung und durch die Politik unseres Bündnisses aktiv mitgestaltet haben.

Unter Führung der USA hat unser Bündnis die Initiative ergriffen, um die militärische Konfrontation abzubauen und den Weg des Dialogs und der Zusammenarbeit mit der anderen Seite zu ebnen. Ich erinnere an den Vorschlag Dwight D. Eisenhowers, „den Himmel zu öffnen“, den Präsident Bush gerade erneuert hat. Es war John F. Kennedy, der in seiner Antrittsrede 1961 sagte: „Laßt uns niemals aus Furcht verhandeln. Aber laßt uns auch niemals Verhandlungen fürchten.“

Im Harmel-Bericht von 1967 wurde hieraus die Philosophie unseres Bündnisses. Seither gilt

- auf der Grundlage gesicherter Verteidigungsfähigkeit
- das Angebot zu Dialog und Zusammenarbeit.

Unser Ziel ist eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa, in der die unnatürliche Trennung unseres Kontinents, darin eingeschlossen die Teilung Deutschlands, friedlich überwunden werden. Heute, 20 Jahre später, sehen wir den Erfolg dieser Politik und haben deshalb allen Grund, an diesen beiden Elementen des Harmel-Berichts konsequent festzuhalten. Sie sind Schlüssel auch künftiger Erfolge. Wir sagen Ja zu gesicherter Verteidigung: Der uns nach wie vor gegenüberstehenden östlichen Übermacht müssen militärische Kräfte entgegengesetzt werden, die jeden Krieg, sei er nuklear oder konventionell, zuverlässig verhüten. Wir brauchen deshalb heute und in absehbarer Zukunft eine angemessene Zusammensetzung konventioneller und nuklearer Kräfte, die wirksam und auf dem erforderlichen Stand gehalten werden.

Die militärische Präsenz der USA in Europa ist und bleibt für Europa, aber auch für die USA unverzichtbar. Unseren

amerikanischen Freunden möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich für ihr Engagement danken.

Die Verteidigungsstruktur unseres Bündnisses und das Maß unserer Bewaffnung richten sich nach der Bedrohung. Wir sind daher jederzeit zu nüchterner und sorgfältiger Analyse der Kräfteverhältnisse bereit. Wir verschließen weder die Augen vor der fortlaufenden Rüstungsproduktion noch vor tatsächlich vollzogenen — nicht nur angekündigten — Veränderungen der anderen Seite.

Wir bieten Dialog und Zusammenarbeit an:

- wir wollen diesen Dialog — auch auf Gipfelebene — über alle politischen Fragen genauso führen wie über humanitäre Fragen;
- wir wollen wirtschaftliche Kooperation in bewährten und neuen Formen genauso pflegen wie die Zusammenarbeit beim Schutz der natürlichen Umwelt;
- wir wollen damit allen Versuchen vorbeugen, das West-Ost-Verhältnis auf Fragen der Sicherheit zu verengen. Gerade sie lassen sich eher lösen, wenn Vertrauen auf vielen Feldern begründet wird.

Nichtsdestoweniger bekennen wir uns zur zentralen Rolle des Rüstungskontrolldialogs: denn hier liegt der Schlüssel, militärische Mittel durch Vereinbarung, unter strikter Kontrolle und in unumkehrbarer Weise in ein Gleichgewicht zu bringen, ein Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau, das sich an Verteidigungsbedürfnissen ausrichtet und Angriffsoptionen ausschließt.

Auf diesem Feld hat unser Bündnis im vergangenen Jahr mit dem von Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in Kraft gesetzten INF-Abkom-

men einen seiner eindrucksvollsten Erfolge erzielt.

Heute nun hat George Bush mit seiner großartigen Initiative zur raschen Veränderung konventioneller Rüstungen den Weg zu neuen Erfolgen unseres Bündnisses gewiesen. Ich beglückwünsche ihn zu diesem weitsichtigen Schritt, mit dem er die Führerschaft der USA erneut eindrucksvoll bekräftigt.

Bei alledem gilt: Schlüssel zum Erfolg sind Einigkeit und Geschlossenheit unseres Bündnisses. Die freiheitlich-demokratische Ordnung, zu der wir uns bekennen, lebt vom fairen Ausgleich unterschiedlicher Interessen und vom Kompromiß. Unsere demokratische Ordnung stellt uns zugleich immer wieder vor die Aufgabe, die Zustimmung unserer Bürger zu gewinnen

- für das Bündnis als solidarische Wertegemeinschaft
- für seine militärischen und strategischen Notwendigkeiten und
- für die damit verbundenen materiellen und immateriellen Leistungen.

In den Anfangsjahren unseres Bündnisses, mit all ihrer Dramatik, von der ich eingangs sprach, war dieser Konsens der Staatsbürger zweifellos leichter herzustellen. Heute, in einer Zeit offensichtlichen Wandels schwindet allenthalben das Bewußtsein akuter Bedrohung. Dies erfordert von uns neue und differenzierte Antworten. Dabei gilt es unserer Öffentlichkeit weiterhin klar zu machen, daß nicht die Sehnsucht nach Frieden Sicherheit verbürgt, sondern allein eine Politik,

- die Festigkeit und den Willen zum Ausgleich verbindet und ein
- klares Ziel hat, eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa, in dem alle Menschen und Völker in gemeinsamer Freiheit zueinander finden können.

Heiner Geißler:

Freiheit setzt sich durch

„Ein atemberaubender Prozeß ist im Gang. Seine Risiken sind gewaltig. Niemand weiß, ob er zum Erfolg führt. Gewiß aber ist, daß wir ihn um unserer eigenen Ziele willen wünschen müssen und, soweit wir können, fördern sollten. Denn seine Chancen kommen letzten Endes nicht den Systemen, sondern den Menschen in ganz Europa zugute.“

Mit diesen Worten hat der Bundespräsident in seiner Rede zum 40jährigen Bestehen des Grundgesetzes die Entwicklung in der Sowjetunion und die damit verbundenen Hoffnungen und Risiken zutreffend beschrieben. In der Tat sind die sich abzeichnenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in der Sowjetunion als dem Führungsland des Kommunismus atemberaubend, denn kaum jemand hätte noch vor wenigen Jahren so etwas für möglich gehalten.

Daß sich das kommunistische Lager insgesamt in einem welthistorisch bedeutsamen Prozeß des Wandels befindet und aus seiner bisherigen dogmatischen Erstarrung zu lösen beginnt, ist unübersehbar. In China gehen Millionen auf die Straße, um ihre Freiheitsrechte einzufordern. Ungarn hat seine Grenzen durchlässiger gemacht, in Polen haben sich Regierung und Opposition auf weitreichende Reformmaßnahmen verständigt. All dies sind ermutigende Zeichen. Auch die politische Führung der DDR wird sich dem Wunsch nach mehr Freiheit, mehr Freizügigkeit und mehr demokratischer Mitbestimmung auf Dauer nicht entziehen können.

Der amerikanische Präsident Bush hat festgestellt: „Wir nähern uns der Lösung eines historischen Streits zwischen zwei Visionen — einer Vision der Tyrannie und

des Konflikts und einer anderen von Demokratie und Freiheit.“ Die westliche Idee der freiheitlichen Demokratie ist stärker denn je, und der menschenfeindliche Dogmatismus des Marxismus-Leninismus ist am Ende. Der Kommunismus hat politisch, wirtschaftlich und menschlich versagt. Die Ideale von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten, die die staatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland bestimmen, und die unser Land mit den westeuropäischen Staaten und den USA verbinden, begeistern immer mehr Menschen in Osteuropa; sie erwecken dort neue Hoffnungen und auch neue Chancen für Reformen und Veränderungen.

Der Wille zur Freiheit ist eine geistige Weltmacht geworden. Nicht nur in den kommunistischen Staaten Osteuropas, in der Sowjetunion und in China zwingt er den bisherigen totalitären Herrschaftssystemen Zugeständnisse ab, sondern in den früheren Diktaturen Lateinamerikas und Asiens, wie zum Beispiel in Argentinien oder auf den Philippinen, hat sich die Demokratie bereits durchgesetzt.

Trotz aller hoffnungsvoller Anzeichen in den Ost-West-Beziehungen wäre es leichtsinnig, wenn der Westen auf seine Verteidigungsfähigkeit und -bereitschaft gegenüber dem Osten verzichten würde. Eine Verbesserung des Dialogs und der Zusammenarbeit in politischen, wirtschaftlichen, technologischen und wissenschaftlichen Fragen wird nur Schritt für Schritt, mit Nüchternheit und unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Interessen erreicht werden können.

Dies gilt auch für das Ziel der Abrüstung. „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ ist seit dem Regierungsantritt von

Arbeitsmarkt: Weiter im Aufwind

Der Aufwärtstrend auf dem Arbeitsmarkt setzt sich unvermindert fort. Nachdem inzwischen bereits 1,1 Millionen Menschen mehr einen Arbeitsplatz haben als im Herbst 1983 — dem Tiefpunkt der Beschäftigungsentwicklung — wird jetzt sogar im Mai 1989 die Arbeitslosenzahl unter die 2-Millionen-Grenze rutschen.

Damit erreicht sie den tiefsten Stand seit Oktober 1982. Dies ist die sichtbare Folge der Politik der CDU-geführten Bundesregierung. Mit einem Bündel von Maßnahmen der Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wurden verlässli-

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Helmut Kohl eine wesentliche Leitlinie deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Mit dem Vertrag über den Abbau der Mittelstreckenraketen ist ein erster wichtiger Erfolg in der Abrüstung erzielt worden. Jetzt haben wir gute Aussichten, in Ost und West weiter abzurüsten.

Der Westen darf nicht sprachlos, ideenlos oder tatenlos beiseite stehen, wenn sich das kommunistische Osteuropa im Aufbruch befindet, auf dem Weg zu etwas mehr Freiheit und Wohlstand, zu etwas mehr Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Denn gerade auch für uns Deutsche eröffnen sich dadurch neue politische Perspektiven. Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat völlig recht, wenn er feststellt:

„Heute gibt es die wahrhaft historische Chance zu einem Wandel, der uns einem geordneten Frieden in Europa näher bringt. Wir schaffen es vom Westen aus nicht allein. Aber ohne den nur uns möglichen Beitrag kann es auch nicht gelingen. Es gilt, ihn nüchtern und entschlossen zu leisten. Denn die Geschichte pflegt ihre Angebote nicht zu wiederholen.“ ■

che Rahmenbedingungen für eine Stärkung der Leistungs- und Investitionsbereitschaft der Unternehmen geschaffen. Dies zahlt sich jetzt aus.

SPD: Arbeitsplätze gingen verloren

Die CDU-geführte Bundesregierung hat bei ihrer Amtsübernahme im Herbst 1982 von der SPD steigende Arbeitslosigkeit, eine Wirtschaft auf Talfahrt und zerrüttete Staatsfinanzen übernommen.

Nach einem Verlust von einer Million Arbeitsplätzen in den letzten drei Jahren der SPD-Regierung hat sich der Trend jedoch inzwischen umgekehrt: Jahr für Jahr gibt es seit 1983 mehr Arbeitsplätze. Und die Nachfrage nach Arbeitskräften nimmt weiter zu, die Unternehmen wollen verstärkt Fachkräfte einstellen und Auszubildende werden gesucht.

Dies ist in erster Linie die Folge der verstärkten Investitionstätigkeit der Unternehmen.

Die Investitionen sind zum Motor der konjunkturellen Entwicklung in der Bundesrepublik geworden. So liegen die Anlageinvestitionen in diesem Jahr um gut 23 % höher als im konjunkturellen Tief 1982. Diese positive Entwicklung zeigt, daß sich die Politik der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft der letzten Jahre auszahlt. Der Zusammenhang zwischen Gewinnen, Investitionen und Beschäftigung wird damit eindrucksvoll bestätigt, auch, wenn die SPD dies weiterhin leugnet. So schrieb der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken in seinem kürzlich erschienenen Konjunkturbericht:

„Wer mehr Wachstumsdynamik und mehr Investitionen will, muß die begonnene Politik zur Verbesserung der Angebotsbedingungen — die begleitet von einer konse-

quent auf Geldwertstabilität gerichteten Politik auch eine deutliche Verbesserung der realen Einkommen der Arbeitnehmer zur Folge hatte, fortsetzen.“

Arbeitslosigkeit geht zurück

Wenn sich auch mit Beginn des konjunkturellen Aufschwungs Mitte der achtziger Jahre der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt etwas verzögerte, so hat er ihn nun mit voller Wucht erfaßt.

Trotz der nach wie vor in großer Zahl in die Bundesrepublik Deutschland einreisenden Aussiedler aus den osteuropäischen Staaten und der DDR gehen die Arbeitslosenzahlen in der Bundesrepublik Deutschland seit Monaten ständig zurück. Das Unterschreiten der 2-Millionen-Marke im Mai 1989 markiert wieder einen neuen Meilenstein auf dem Arbeitsmarkt.

Jugendliche und Frauen sind Gewinner

Besonders hervorzuheben ist, daß sich inzwischen Monat für Monat die Situation für junge Menschen und für Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessert. Wir haben in der Bundesrepublik derzeit die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in der EG.

Und die Aussichten für eine Fortsetzung dieser positiven Entwicklung sind ausgezeichnet. Die innerbetrieblichen Personalreserven sind — auch nach der Meinung der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute — nunmehr weitgehend ausgeschöpft. Dies bedeutet, daß die Firmen nun verstärkt Erweiterungsinvestitionen planen. Diese geben der Beschäftigung weitere Impulse.

Mehr offene Stellen

Die Zahl der offenen Stellen hat spürbar zugenommen; nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit lag sie im April 1989 bei

rund 240.000, die Verbände der Wirtschaft sprechen sogar von der vier- bis fünffachen Anzahl. Dieser Unterschied in der Einschätzung der Zahl der offenen Stellen liegt daran, daß viele Arbeitgeber ihre offenen Stellen der Arbeitsverwaltung gar nicht mehr melden, weil sie keine Hoffnung mehr auf eine Vermittlung qualifizierter Arbeitskräfte durch die Arbeitsämter haben. In dieses Bild paßt auch das Ergebnis einer soeben veröffentlichten Studie der Koblenzer Industrie- und Handelskammer. Die IHK hat ermittelt, daß von den rund 2 Millionen registrierten Arbeitslosen tatsächlich nur 1,3 Millionen auch zur Verfügung stehen. Die übrigen arbeitslos Gemeldeten sind aus diversen Gründen (Krankheit, Ausbildung, Fortbildung) entweder nicht in der Lage oder derzeit nicht daran interessiert, einen Arbeitsplatz anzunehmen.

Wirtschaft wächst weiter — Beschäftigung steigt stärker

Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und die Produktion steigen nach wie vor, so daß auch weiterhin mit einer Zunahme der Beschäftigung zu rechnen ist. Für 1989 gehen die Experten aus den Wirtschaftsverbänden von 200.000 bis 300.000 neuen Arbeitsplätzen aus.

Angesichts der inzwischen unbestreitbaren Erfolge auf dem Arbeitsmarkt durch die Politik der CDU-geführten Bundesregierung nimmt es der SPD niemand mehr ab, wenn sie wie gewohnt ihre Untergangstheorien verbreitet. Es wirkt nur noch lächerlich, wenn maßgebliche SPD-Politiker von „der steigenden Massenarbeitslosigkeit“ sprechen und dabei vergessen, daß ihre völlig verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik in den 70er Jahren den Grundstein dafür gelegt hat. Wer nichts von Wirtschaft versteht, kann auch keine Politik für den Arbeitsmarkt machen.

Geißler begrüßt Rede des Bundespräsidenten

Zur Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker „40 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“ erklärt Generalsekretär Heiner Geißler:

Die richtungweisende Rede des Bundespräsidenten zeigt selbstbewußt die bisherigen Erfolge und Leistungen, aber auch die Chancen und positiven Perspektiven für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland auf.

Als Generalsekretär der CDU begrüße ich besonders die eindeutigen Aussagen des Bundespräsidenten zur unverzichtbaren Rolle der politischen Parteien. Bei aller berechtigten Kritik an den Parteien ist eine parlamentarisch-repräsentative Demokratie ohne Parteien nicht denkbar.

Deshalb schadet derjenige der Demokratie, der politische Parteien pauschal diffamiert.

Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist auch eine Erfolgsgeschichte der demokratischen Parteien, denn ohne ihre politischen Konzeptionen, ohne ihre verantwortlichen Entscheidungen wären wirtschaftlicher Wohlstand, soziale Sicherheit und politische Stabilität der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich gewesen.

Der Bundespräsident hat sich zu Recht gegen die in Deutschland traditionelle Parteienaversion gewandt und dazu aufgefordert, politisch mitzuwirken und nicht abseits zu stehen. Seine Absage an den politischen Extremismus ist in diesem Zusammenhang besonders wichtig.

Der Kanzler – ein überzeugter und kompetenter Europapolitiker

Zum Europawahlkampfplakat der Sozialistischen Partei Frankreichs, das Helmut Kohl und François Mitterrand gemeinsam in Verdun zeigt, (siehe letzte Seite in diesem UID) erklärt CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski:

Helmut Kohl auf einem Plakat im französischen Europawahlkampf: Dies beweist, daß auch bei unseren französischen Nachbarn Helmut Kohl als überzeugter und kompetenter Europapolitiker gilt.

Verdun, einst Symbol für Krieg und Haß zwischen Deutschland und Frankreich, ist heute ein Symbol der Versöhnung. Diese Aussöhnung der „Erbfeinde“ war die historische Leistung von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle, die von Helmut Kohl und François Mitterrand in einer einzigartigen Weise vertieft worden ist.

Die Franzosen erkennen im übrigen auch an, daß Helmut Kohl während seiner Ratspräsidentschaft Europa neue Perspektiven eröffnet hat, vor allem beim Durchbruch zum Binnenmarkt. Der Franzose Jacques Delors, Präsident der EG-Kommission, hob hervor: „In den sechs Monaten der deutschen EG-Präsidentschaft wurde mehr entschieden als in den zehn Jahren davor.“

Brief des Kanzlers an Betriebsräte

Konsens zwischen Kohle und Kernenergie wieder herstellen

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Unruhe in den Belegschaften der Steinkohlenzechen wegen der Haltung der Bundesregierung zu der Entscheidung der EG-Kommission vom 30. März 1989 zum Anlaß genommen, den Betriebsräten und den Belegschaften die Position der Bundesregierung in der Kohlepolitik zu erläutern.

Er hob in Schreiben vom 23. Mai 1989 an die Betriebsräte der Ruhrkohle AG, der Saarbergwerke AG, des Eschweiler Bergwerks-Vereins, der Gewerkschaft Auguste Victoria, der Gewerkschaft Sophia Jacoba, der Preussag AG-Kohle sowie des Gesamtverbandes des Deutschen Steinkohlenbergbaus hervor, daß nach seinem Eindruck viele Diskussionsbeiträge die Unsicherheit der Bergleute bewußt geschürt und nicht dazu beigetragen hätten, die Sorgen der Bergleute und ihrer Familien um ihr ganz persönliches Schicksal zu verringern.

Der Bundeskanzler führte deshalb insbesondere folgendes aus:

„Die Bundesregierung hat sich ihre Entscheidung — entgegen der Forderung aus den Revierländern, der Bergbauunternehmen wie auch der Beschäftigten —, derzeit keine Klage gegen die EG-Kommission zu erheben, nicht leicht gemacht. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß hinsichtlich des Ziels unserer Energiepolitik, daß die heimische Kohle auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zu unserer Energieversorgung leisten muß, Einigkeit besteht. Bei der Entscheidung der Bundesregierung spielte aber eine ausschlaggebende Rolle, auf welchem Wege

wir vor dem Hintergrund eines europäischen Binnenmarktes, der auch uns neue Chancen für Wachstum und Beschäftigung bringen wird, im Bereich der Energieversorgung ein Optimum für die deutsche Steinkohle erreichen können. Eine sorgfältige Abwägung aller Aspekte einer solchen Klage hat ergeben, daß es besser ist, zunächst auf dem Verhandlungsweg unsere energiepolitischen Interessen in Brüssel zu vertreten. Dies hat die Billigung des Hüttenvertrags durch Brüssel eindeutig bestätigt. Um weitere Fortschritte für die deutsche Kohle zu erreichen, wird die Bundesregierung die notwendigen Gespräche mit der EG-Kommission intensiv und zügig führen.

Die von den Bergbauunternehmen angekündigte Klage gegen die Entscheidung der EG-Kommission macht es der Bundesregierung möglich, je nach Verlauf der Verhandlungen durch einen Beitritt zur Klage der Bergbauunternehmen auch noch den Rechtsweg zu beschreiten. Die Bundesregierung hat ausdrücklich festgestellt, daß sie sich den Beitritt zur Klage der Bergbauunternehmen vorbehält. Rechtliche Nachteile bringt der Klageverzicht der Bundesregierung zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Auch angesichts der Notwendigkeit, unsere nationalen energiepolitischen Interessen und die Bedeutung, die die Kohle dabei für uns hat, in den europäischen Binnenmarkt einzuordnen, hat zur Zeit die Suche nach einer einvernehmlichen Lösung mit der EG-Kommission Vorrang.

Dies gilt um so mehr, als ich durch meinen persönlichen Einsatz bei Präsident

Delors erreicht habe, daß über die Abstimmung der künftigen deutschen Kohlepolitik mit den Erfordernissen des Binnenmarktes verhandelt werden kann. Die Kommission ist zu einvernehmlichen Lösungen bereit. Dies ist ein nicht zu unterschätzender Vorteil.

Die von mir geführte Bundesregierung hat sich von Anfang an für die deutsche Kohle eingesetzt. Nie zuvor sind in so großem Umfang Mittel für die Kohle bereitgestellt worden. **Von 1983 bis 1988 wurden rund 33 Mrd. DM für die deutsche Steinkohle aufgewendet. Mit rund 10 Mrd. DM pro Jahr stoßen wir allerdings jetzt an die Grenzen der Belastbarkeit.** Zudem erschwert die Aufkündigung des Konsenses zwischen Kohle und Kernenergie durch die SPD, vor allem auch in Nordrhein-Westfalen und im Saarland, die Bemühungen der Bundesregierung um die Sicherung der Verstromung heimischer Steinkohle. Der Widerstand der revierfernen Länder gegen die von der Bundesregierung durchgesetzte Anhebung des Kohlepennigs für das Jahr 1989 hat dies ganz deutlich gemacht.

Im Interesse der Menschen an Rhein und Ruhr und an der Saar müssen wir auch vor dem Hintergrund der Forderung der EG-Kommission nach einer Verringerung der Kohlebeihilfe sehr bald ein Konzept zur längerfristigen Sicherung der Verstromung deutscher Steinkohle nach Auslaufen des Jahrhundertvertrages erarbeiten. Dazu spricht die Bundesregierung gegenwärtig mit allen Beteiligten, den Bergbauunternehmen, der Elektrizitätswirtschaft, den Bergbauländern und mit den revierfernen Ländern sowie mit der zuständigen Gewerkschaft. Klar ist dabei, daß alle zur Lösung ihren Beitrag einbringen müssen. Ich habe in meiner Regierungserklärung vom 27. April 1989 deutlich gemacht, daß die Bergleute und ihre Familien in ihrer jetzigen Lage einen

besonderen Anspruch auf unsere Solidarität haben; denn sie haben nach dem Krieg in bitterer Not viel für den Aufbau unserer Bundesrepublik Deutschland geleistet.

Das Finden einer einvernehmlichen Lösung setzt Konsens- und Kompromißbereitschaft bei allen Beteiligten voraus. Dazu gehört auch Realitätssinn und die Einsicht in das kurz- und langfristig Machbare. In diesem Zusammenhang muß natürlich auch der Konsens zwischen Kohle und Kernenergie wieder auf den Tisch, denn gerade für die Wettbewerbsfähigkeit unserer stromintensiven Arbeitsplätze ist der Einsatz der wesentlich preisgünstigeren Kernenergie eine wesentliche Voraussetzung für den Einsatz heimischer Kohle bei unserer Elektrizitätsversorgung.“

Der Kanzler betonte, daß er in der Kohlepolitik auch auf die Unterstützung der Betriebsräte und der Belegschaften zähle.

CDU: Gutjahr muß gehen

„Der Frankfurter NPD-Funktionär Gutjahr darf nicht Magistratsmitglied bleiben.“ Das hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion im hessischen Landtag, Nassauer, in Wiesbaden gefordert. „Mit seinen ungeheuerlichen Ausfällen gegen Juden, Ausländer und gegen den Bundespräsidenten hat Gutjahr nicht nur der Stadt und dem Land, sondern dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland schweren Schaden zugefügt.“ Die Äußerungen Gutjahrs, so Nassauer weiter, hätten in schonungsloser Offenheit dokumentiert, wohin es führe, wenn rechtsradikale Kräfte in unsere Parlamente gewählt würden.

Gutjahr hat inzwischen seinen Rücktritt vom Amt des ehrenamtlichen Stadtrats in Frankfurt sowie den Austritt aus der Nationaldemokratischen Partei erklärt.

Mehr Sicherheit für den Bürger – Schutz vor Terror auf den Straßen

Am 12. Mai 1989 hat der Bundesrat dem vom Deutschen Bundestag am 21. April 1989 verabschiedeten sogenannten Artikelgesetz zur Inneren Sicherheit zugestimmt. Nach eineinhalbjährigen Beratungen treten jetzt Regelungen in Kraft, deren Ziel es ist, den inneren Frieden zu sichern, die Freiheitsrechte friedlicher Bürger zu garantieren und Gewalttäter besser verfolgen zu können.

Die maßgeblich von den Unionsparteien geforderten und durchgesetzten Vorschriften unterstreichen, daß der demokratische Rechtsstaat bereit und in der Lage ist, sich konsequent gegen Gewalttäter zur Wehr zu setzen. Krawalle und Plünderungen wie am 1. Mai in Berlin dürfen nicht zum Dauerzustand werden: 335 verletzte Polizisten, Plünderungen und Sachschäden in Millionenhöhe bei nur 16 Festnahmen beweisen eindeutig die Überfälligkeit der getroffenen Maßnahmen.

Die SPD (Däubler-Gmelin: „Wir halten diesen Gesetzesentwurf für schädlich für den inneren Frieden“) hat durch die Ablehnung dieser Maßnahmen erneut bewiesen, daß ihr Täterschutz vor Opferschutz geht. Gewalt wird geduldet (Hafenstraße Hamburg), die Polizei zum Zuschauer eines gewalttätigen Mobs degradiert (Berliner Krawalle). Bei der Terroristenbekämpfung ist die SPD vom gemeinsamen Grundkonsens abgerückt (RAF-Hungerstreik). Die SPD mindert kontinuierlich den Schutz der Mehrheit der Bevölkerung und blockiert jede Verbesserung des Schutzes des inneren Friedens.

1. Versammlungsgesetz

● Die Vermummung und die sogenannte „passive Bewaffnung“, die bisher lediglich als Ordnungswidrigkeiten geahndet werden konnten, werden zur Straftat. § 17 a beinhaltet jetzt das Verbot, bei Demonstrationen oder auf dem Weg dorthin Schutzwaffen mit sich zu führen, die dazu bestimmt sind, polizeiliche Maßnahmen zu verhindern. Nach dieser Vorschrift ist auch verboten, sich zu verummummen oder durch andere Maßnahmen die Feststellung der Identität zu verhindern. Das Strafmaß beträgt nunmehr Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe.

Anders als bei der bisherigen Regelung wird die Polizei verpflichtet, bei Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzung einzutreten: Es wird verhindert, daß schwarze Blocks verummummt mit Strumpfmasken und geschlitzten Wollmützen „demonstrieren“ und schon durch ihre äußere Aufmachung eine gewalttätige Stimmung erzeugen.

● Der neue § 23 stellt denjenigen unter Strafe, der öffentlich zur Teilnahme an einer verbotenen oder für aufgelöst erklärten Demonstration aufruft.

Bisher ist es vorgekommen, daß diejenigen straflos blieben, die trotz gerichtlichem Verbot zur Teilnahme an diesen Demonstrationen aufriefen.

● Nach dem neuen § 12 a darf die Polizei Film-, Foto- und Tonaufnahmen von Demonstrationsteilnehmern machen, wenn Anhaltspunkte vorliegen, daß von ihnen erhebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung ausgehen.

Die Aufnahmen sind nach Beendigung der Demonstration jedoch zu vernichten, wenn sie nicht für die Verfolgung von Straftaten oder zu sonstigen Maßnahmen der Gefahrenabwehr benötigt werden. Im letzteren Fall sind sie spätestens nach 3 Jahren zu vernichten.

Selbst bei Gewalttätigkeiten mit schweren Verletzungen von Polizeibeamten, mit Sachschäden in Millionenhöhe konnten die Täter nur selten verurteilt werden. Die neue Vorschrift erleichtert die Beweisführung für die Polizei und gewährleistet gleichzeitig den Datenschutz friedlicher Demonstranten.

2. Strafprozeßordnung

- Durch Änderung der Strafprozeßordnung können diejenigen bis zu 48 Stunden in Untersuchungshaft genommen werden, die dringend verdächtig sind, sich zum wiederholten Mal des schweren Landfriedensbruchs schuldig zu machen.

Polizeibekannte reisende Gewalttäter konnten bisher selbst dann nicht an der Begehung neuer Gewalttaten gehindert werden, wenn sie konkret mitteilten, daß man sich bei der nächsten Demonstration wiedersehe.

3. Strafgesetzbuch

- Es wird für besonders schwere Fälle der Störung öffentlicher Betriebe eine Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis zu 10 Jahren eingeführt (§ 316 b). Besonders schwere Fälle liegen in der Regel vor, wenn der Täter durch die Tat die **versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern**, insbesondere mit Wasser, Licht, Wärme oder Kraft, beeinträchtigt.

Diese Vorschrift zeigt deutlich, daß Strommastabsägen und Anschläge auf

Kraftwerke nicht als Kavaliersdelikt angesehen werden können.

- Die Mindestfreiheitsstrafe für **Geiselnahme** wird von bisher 3 auf 5 Jahre erhöht.
- Die Freiheitsstrafe für den Diebstahl von Waffen oder Sprengstoff wird auf bis zu 10 Jahren heraufgesetzt.

Ein zusätzliches **Instrument zur Verhinderung neuer schwerer terroristischer Anschläge und zum Schutz von Menschenleben** vor solchen Anschlägen kann die Einführung der **Kronzeugenregelung** sein. Nach dieser (nicht ins Strafgesetzbuch aufgenommenen) Regelung kann von Strafe dann abgesehen werden, wenn der Kronzeuge, der selbst einer terroristischen Straftat nach § 129 a Strafgesetzbuch beschuldigt ist, durch seine Aussage die Begehung einer terroristischen Straftat verhindert oder zu deren Aufklärung oder zur Ergreifung eines Terroristen beiträgt. Der Generalbundesanwalt kann in diesen Fällen mit Zustimmung eines Strafsenats des Bundesgerichtshofs von der Verfolgung absehen. Dies gilt nicht, wenn der Kronzeuge des Mordes oder Totschlags beschuldigt ist; in diesen Fällen darf das Gericht die Strafe bis zu einer Mindeststrafe von 3 Jahren mildern.

Die Mörder von Ernst Zimmermann, Beckurts, Groppler und von Brahmühl, wie auch die Täter des Anschlags auf Dr. Tietmeyer und seinen Fahrer, befinden sich alle noch in Freiheit. Die Ermittlungsquote bei Mord, die sonst bei 90 Prozent liegt, liegt im terroristischen Bereich in den letzten Jahren bei Null. Die Kronzeugenregelung, die es in anderer Form auch in anderen Ländern gibt, kann Anreiz zum Ausstieg für terroristische Gewalttäter, zur Verhinderung weiterer Anschläge aber auch zur Aufklärung bereits begangener Terrorakte sein.

Viele Verbesserungen für Frauen und Familien

In der Diskussion um das Gesundheitsreformgesetz ist bisher fast vollständig unter den Tisch gefallen, daß die Reform erhebliche Verbesserungen für Frauen und Familien mit sich bringt. Die CDU hat damit einen bedeutenden Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit unternommen:

In den allermeisten Fällen betreuen Frauen die pflegebedürftigen Angehörigen. Ihnen kommen daher die **neuen Hilfen für Pflegebedürftige und ihre Pflegepersonen** vor allem zugute: Ab 1. Januar 1989 übernimmt die Krankenkasse als Pflichtleistung bis zu vier Wochen im Jahr die gesamte häusliche Pflege bis zu 1800 DM. Ab 1. Januar 1991 zahlt die Krankenkasse darüber hinaus als Pflichtleistung bis zu 25 Pflegeeinsätzen im Monat von maximal je einer Stunde für die Grundpflege und hauswirtschaftliche Versorgung. Sie zahlt dafür bis 750 DM monatlich oder direkt an die schwerpflegebedürftige Person 400 DM monatlich. Mit diesen gesetzlich verankerten Pflegeleistungen mit einem Volumen von über 5 Milliarden DM hat die CDU die Initiative ergriffen, die wertvollen Dienste, die weit überwiegend Frauen zu Hause erbringen, anzuerkennen und ihre schwere Aufgabe zu erleichtern.

Umwandlung der bisher meistens vom Ehemann abhängigen Familienhilfe in eine eigenständige **Familienversicherung**, in der die Frau seit 1. Januar 1989 eine eigene Rechtsposition hat. Sie kann nun selbst Krankenscheine für sich anfordern – eine Erleichterung gerade für Getrenntlebende. Sie wird auch eine eigene Krankenversicherungskarte erhalten und kann bei Auseinandersetzungen

mit der Krankenkasse ihr eigenes Recht verfolgen, z.B. selbst Widerspruch einlegen.

Wesentliche Erleichterungen der Familienversicherung für alleinerziehende Mütter: Sie müssen nicht mehr nach dem Einkommen ihres geschiedenen oder von ihnen getrennt lebenden Mannes fragen. Sie können künftig selbst die Krankenkasse für die bei ihnen lebenden Kinder bestimmen, wenn beide Elternteile in der gesetzlichen Krankenversicherung Mitglied sind.

Neu ist die Verpflichtung, Modellversuche zur **Beitragsrückzahlung** durchzuführen: Mitglieder, die im Kalenderjahr länger als drei Monate versichert waren, erhalten eine anteilige Rückzahlung ihres Jahresbeitrags zur Krankenversicherung, wenn sie und ihre familienversicherten Angehörigen in dem Kalenderjahr keine Leistungen in Anspruch genommen haben. Dabei werden nicht angerechnet Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft, zur Förderung der Gesundheit, zu Krankheitsverhütung, verschiedene medizinische Vorsorgeleistungen, Vorsorgeuntersuchungen sowie alle Leistungen für Kinder.

Der Anspruch auf laufendes **Mutter-schaftsgeld** ist verbessert worden. Endet ein befristetes Arbeitsverhältnis einer krankenversicherten Frau während der Mutterschutzfrist, übernimmt nun die Krankenkasse zusätzlich den entfallenen Arbeitgeberanteil und zahlt das volle Mutterschaftsgeld in Höhe des Nettoarbeitsentgelts bis zum Ende der Schutzfrist.

Das neu eingeführte **Entbindungsgeld** für Frauen beträgt seit dem 1. Januar 1989 generell 150 DM. Es wird an alle versicherten Frauen gezahlt, die kein laufendes Mutterschaftsgeld erhalten, also auch an familienversicherte Frauen. Deren Mutterschaftsgeld betrug bisher je nach Satzung der jeweiligen Krankenkasse zwischen 35 DM und 150 DM. Das Entbindungsgeld tritt an die Stelle des Pauschbetrags, der bisher bei Inanspruchnahme der Schwangeren-Vorsorgeuntersuchungen gezahlt wurde (100 DM).

Bei Schwangerschaft oder Entbindung wird **Haushaltshilfe und häusliche Pflege** ohne Rücksicht auf das Alter der im Haushalt befindlichen Kinder als Pflichtleistung zur Verfügung gestellt.

Bei anderen Gelegenheiten kann die Krankenkasse künftig die Kosten einer Haushaltshilfe auch dann übernehmen, wenn das Kind älter als acht Jahre ist.

Einführung einer eigenen Regelung für Müttergenesungskuren: Bisher waren Mütterkuren eine freiwillige Leistung der Krankenkassen, so daß manche Kassen mit niedrigem Frauenanteil keine Kuren für Mütter anboten. Nun müssen die Krankenkassen, wenn die medizinischen Voraussetzungen vorliegen, solche Kuren durchführen. Für diese brauchen Frauen keine Zuzahlungen zu den medizinischen Anwendungen zu leisten. Auch kann die Kasse nun die Kosten für Verpflegung, Kurtaxe etc. in vollem Umfang übernehmen, während sie vorher täglich höchstens 15 DM bezahlen durfte. Bei einer vollstationären Unterbringung in einem Müttergenesungsheim muß die Frau zwar weiterhin 10 DM pro Tag zuzahlen, es greift jedoch die verbesserte Härtefallregelung.

Bei der **Härtefallregelung** ist eine **Familienkomponente** eingebaut: Mit der Zahl

der Familienangehörigen (Ehefrau und Kinder) sinkt die Belastungsgrenze. Wann immer eine Härteklausel angewandt wird, muß nun die Familienkomponente einbezogen werden, während dies früher im Ermessen der Krankenkasse stand.

Neu ist auch die ausdrückliche Regelung, daß **Pflegekinder** in die Familienversicherung aufgenommen werden.

Die Gesundheitsreform bringt für Frauen und Familien somit viele neue gesetzlich verankerte Pflichtleistungen. Außerdem ermöglicht sie alleinlebenden und -erziehenden Frauen die selbständige und unabhängige Regelung ihrer Versicherungsangelegenheiten.

EAK auf dem Kirchentag

Vom 7. bis 11. Juni 1989 findet in Berlin der 23. Deutsche Evangelische Kirchentag unter dem Motto „Unsere Zeit in Gottes Händen“ statt. Zu den prominenten Teilnehmern unter den Unionspolitikern zählen Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, sowie die Bundesminister Norbert Blüm, Ursula Lehr, Heinz Riesenhuber, Klaus Töpfer und Jürgen Warnke und Staatssekretär Horst Waffenschmidt.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU wird zusammen mit der Jungen Union und dem RCDS einen Stand auf dem Markt der Möglichkeiten gestalten. Zahlreiche Vertreter von CDU und CSU werden zu Gesprächen am Stand erwartet. Unmittelbar im Anschluß an seine Reise nach Nicaragua und Costa Rica wird Bundesminister Jürgen Warnke die Kirchentagsteilnehmer über die Situation in dieser mittelamerikanischen Region informieren. (Samstag, 10. Juni 1989, 11.00 Uhr, Halle 6).

Die Arbeit der EVP zeigt Erfolg

Das Europäische Parlament hat an Einfluß gewonnen

Am 18. Juni 1989 wird das Europäische Parlament jetzt zum dritten Mal von den inzwischen 320 Millionen Bürgern der EG gewählt. Ein Rückblick auf die vergangenen zehn Jahre seit der ersten Direktwahl 1979 zeigt, daß das Europäische Parlament in der letzten Legislaturperiode die größten Fortschritte erreicht hat, erklärt der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Mitglied des CDU-Präsidiums, MdEP Egon Klepsch:

Jüngste Umfragen bestätigen, daß die Bürger der Union die größte europapolitische Kompetenz zusprechen. Gemeinsam mit unseren politischen Freunden gehen wir daher zuversichtlich in diesen Europawahlkampf. Unsere Wähler haben nicht vergessen: es waren Christliche Demokraten, die die Hauptlast trugen, als es darum ging, die EG aus einer Phase gefährlicher Stagnation — an der die damalige SPD-Regierung maßgebliche Schuld hatte — durch entschlossene Reformen herauszuführen.

In die auslaufende zweite Legislaturperiode fallen zwei besonders wichtige Ereignisse:

1. Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) am 1. Juli 1987. Sie ist die wichtigste Reform der Römischen Verträge von 1957. Die EEA ergänzt die Tätigkeit der EG um die neuen Bereiche Umweltschutz, Forschung und Technologie und schafft somit die rechtlichen Voraussetzungen zum grenzüberschreitenden Umweltschutz und zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Forschung

und Technologie. Durch Aufnahme der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) in die Römischen Verträge, erhält auch die gemeinsame Außenpolitik der Zwölf eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage. Außerdem fixiert die Einheitliche Europäische Akte das Datum für die Vollendung des Binnenmarktes am 31. 12. 1992 und erweitert die legislativen Befugnisse des Europäischen Parlaments. Neben Mitspracherechten in der Finanz- und Haushaltspolitik erhält das Europäische Parlament Mitspracherechte bei der Gesetzgebung und Mitentscheidungsrechte über EG-Abkommen mit Drittländern.

Das Zustandekommen der EEA als bisher bedeutendste Reform der EG-Verträge ist maßgeblich den politischen Initiativen der EVP-Fraktion zu verdanken. Christliche Demokraten waren es, die durch ihr Drängen auf Einberufung einer Regierungskonferenz der Mitgliedsstaaten und Beharren auf bestimmte Zielvorgaben die Weichen für die Vertragsreform stellten.

2. Die deutsche EG-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1988. Bundeskanzler Helmut Kohl setzte als europäischer Ratspräsident die wichtigsten Reformentscheidungen in der Finanz-, Agrar- und Strukturpolitik der EG seit einem Jahrzehnt durch. Der Hannover-Gipfel im Juni 1988 bringt den Durchbruch zum Binnenmarkt. Christliche Demokraten haben Europa wieder flott gemacht. Die Entwürfe und Vorschläge der EVP-Fraktion haben zu diesem Erfolg beigetragen. Die EVP hat entscheidenden Anteil

daran, daß die europäische Einigung wieder vorankommt und der Weg zum europäischen Binnenmarkt und zur europäischen politischen Union heute unumkehrbar geworden ist.

Christdemokraten setzen Erfolge durch

Nicht zuletzt wegen der eindeutigen und konsequenter Haltung der in der EVP-Fraktion vereinten Christlichen Demokraten konnte das Europäische Parlament seine Befugnisse voll ausschöpfen und seinen Einfluß auf Gesetzgebung und Politik der Gemeinschaft gegenüber Kommission und Ministerrat ausdehnen, auch gegenüber dem Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs. Dies zeigte sich insbesondere bei der für die Binnenmarktgesetzgebung und für die Haushaltbeschlüsse notwendigen Mehrheitsfindung. Die EVP-Fraktion hat sich nicht nur erneut als Kraft der Mitte im Europäischen Parlament erwiesen, sondern vor allem auch als diejenige Kraft, die die europäische Einigung ohne Wenn und Aber vorwärtsstreibt.

Weder auf der linken noch auf der rechten Seite kann ein vergleichbarer Einsatz und eine umfassende Konzeption für Europa erwartet werden, wie sie die Europapolitik der Christlichen Demokraten auszeichnet. Es waren Christdemokraten, die dafür gesorgt haben, daß der europäischen **Sozialpolitik** und der **inneren Sicherheit** die Bedeutung beigegeben wird, die beiden Themen im Rahmen der Schaffung des Binnenmarktes zukommt. Außerdem war es nur dank der hohen Priorität, die die EVP-Fraktion dem europäischen **Umweltschutz** seit langem gibt, möglich, im Europäischen Parlament die nötige Mehrheit zu erreichen, um scharfe Abgaswerte für Pkw durchzusetzen. Die EVP drängt weiter auf einen bestmöglichen Umweltschutz. Das zeigt zum Bei-

spiel der jüngste Erfolg des Europäischen Parlamentes, ab 1993 nur noch Kleinwagen mit geregeltem 3-Wege-Katalysator zuzulassen. Ein Beweis neuer Stärke des Europäischen Parlamentes!

Das EVP-Aktionsprogramm 1989 bis 1994:

Christdemokraten haben ein klares Konzept für Europa

Im November 1988 verabschiedete die EVP einstimmig das gemeinsame Aktionsprogramm „An der Seite der Bürger“. Dieses detaillierte und umfangreiche Aktionsprogramm dient als Richtschnur für die Arbeit der EVP in den nächsten fünf Jahren. Folgende Bereiche bilden die Schwerpunkte für die nächste Legislaturperiode:

1. Wir schaffen mit dem **Binnenmarkt** 1992 einen modernen, leistungsfähigen und humanen Wirtschafts- und Sozialraum. Um den Binnenmarkt bis 1992 verwirklichen zu können, ist es zwingend notwendig, daß die dazu erforderlichen Gesetzgebungsakte zeitgerecht abgeschlossen werden. Die EVP-Fraktion wird darauf ihr besonderes Augenmerk richten.
2. Die EVP wird den Binnenmarkt durch den europäischen **Sozialraum** ergänzen. Die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und der soziale Dialog sind für Christdemokraten unverzichtbare Aufgaben. Wir Christdemokraten werden keinen Sozialabbau dulden.
3. Die EVP will Europa zu einer **Umweltgemeinschaft** ausbauen. Wie bisher schon wird die EVP-Fraktion auch künftig darauf drängen, daß dem europäischen **Umweltschutz** besonderer Vorrang eingeräumt wird.
4. Gleiches gilt für das **Europa der Bürger** und der Gewährleistung der **inneren Sicherheit** bei Fortfall der Binnengrenzen

sowie für die Angleichung des Ausländer-, Asyl- und Visarechtes.

Die EVP wird dafür sorgen, daß soziale Dimension, Umweltschutz und innere Sicherheit als zentrale Politiken behandelt werden. Die Glaubwürdigkeit und die Effizienz der Europäischen Gemeinschaft wird sich am Erfolg in diesen Bereichen messen lassen müssen.

5. Auch künftig wird die EVP-Fraktion der **Menschenrechtspolitik** der EG und ihren Außenbeziehungen großes Gewicht beimessen. Christliche Demokraten wissen um die Verantwortung Europas für die Lage in der **Dritten Welt**. Deshalb werden wir insbesondere bei der Vertiefung der Beziehungen zu den AKP-Staaten im Rahmen des Vierten Abkommens von Lome initiativ werden.

6. Große Aufmerksamkeit werden die Christlichen Demokraten der Entwicklung in **Ost- und Mitteleuropa** widmen. Da Handels- und Kooperationsabkommen mit diesen Staaten nach der EEA der Zustimmung des Europäischen Parlamentes bedürfen, wird die EVP ihre Forderungen dazu rechtzeitig vor Verhandlungsbeginn deutlich machen.

7. Von ebenso großer Bedeutung ist eine gemeinsame **Außen- und Sicherheitspolitik** der Europäischen Gemeinschaft. Hier sind Ausbau und Pflege engstmöglicher Beziehungen zu den EFTA-Staaten selbstverständlich. In der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, wie sie die Einheitliche Europäische Akte fordert, sieht die EVP einen entscheidenden Schritt hin zur politischen Union, die Christdemokraten von Anfang an gefordert haben.

Christdemokraten bauen Europa

Christliche Demokraten haben nach dem Zweiten Weltkrieg das europäische Eingungswerk begründet. Die Namen Kon-

rad Adenauer, Alcide de Gasperi und Robert Schuman sind untrennbar mit der Politik des Friedens und der Versöhnung in Europa verbunden. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Auch heute sind es wieder Christdemokraten, die Europa voranbringen — allen voran unbestritten der überzeugte Europäer Helmut Kohl. Christliche Demokraten werden wirtschaftlichen Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und Frieden in Freiheit in Europa auch für die Zukunft sichern. Wir dürfen nicht zulassen, daß radikale Gruppierungen von links oder rechts zerstören, was wir in 40 Jahren aufgebaut haben. Wenn wir unsere Spitzenposition in Europa halten wollen, dann müssen wir den Radikalen eine klare Absage erteilen. Die Folgen von Berlin und Frankfurt zeigen: Wer rechtsradikal wählt, wird links regiert. Dies müssen wir Christdemokraten in Europa verhindern.

Wir kämpfen bei der Europawahl 1989 darum, die prägende politische Kraft für Europa zu bleiben. Der engagierte Wahlkampf der CDU — auf allen Ebenen der Partei — macht Eindruck auf die Bürger. Als einzige Partei betreibt sie einen klar proeuropäischen Wahlkampf. Nur so gelingt es, die Wähler über die positiven Aspekte Europas zu informieren und ihre Bereitschaft zu erhöhen, wählen zu gehen. Auch aus Sicht der EVP ist das besondere Engagement von Bundeskanzler Helmut Kohl in diesem Wahlkampf hervorzuheben, der trotz einer Vielzahl überragender internationaler Termine und Verpflichtungen bei seinen zahlreichen Auftritten im Europawahlkampf das Engagement der CDU für Europa besonders verkörpert.

Zur Politik der Christlichen Demokraten gibt es keine sinnvolle Alternative. Wir bitten die Wähler am 18. Juni um ihr Mandat, um diese Politik auch in den kommenden Jahren konsequent durchsetzen zu können.

Expertengespräch:

Handwerk und europäischer Binnenmarkt

Anlässlich des Expertengesprächs des Bundesfachausschusses Europapolitik der CDU „Handwerk und europäischer Binnenmarkt“ am 30. Mai 1989 erklärt der Vorsitzende, Bernhard Sälzer:

Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes bis Ende 1992 ist für die Bundesrepublik Deutschland die größte Chance seit Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard. Mit dem Binnenmarkt verschwinden Grenzkontrollen, technische Handelshemmnisse und Steuerschranken, die die Gemeinschaft rund 430 Milliarden Mark jährlich kosten, also 1300 Mark je EG-Einwohner. Der europäische Binnenmarkt ist ein Zukunftsprogramm für alle Bürger — für Arbeitnehmer, Unternehmer und Verbraucher. Er wird neue Wachstumskräfte freisetzen und damit weiteren Wohlstand und mehr Arbeitsplätze schaffen.

Schon heute sichert die EG die wirtschaftliche Stabilität unseres Landes: Mehr als die Hälfte unseres Exports geht in die EG, und jeder fünfte deutsche Arbeitsplatz hängt vom Export in die EG ab. Vom europäischen Binnenmarkt werden gerade wir Deutsche profitieren, denn deutsche Qualitätsarbeit ist überall gefragt. Durch den Abbau von Handelsschranken gibt es freie Fahrt für deutsche Produkte. Erfahrungsgemäß geht es dem Handwerk besonders gut, wenn die Wirtschaft läuft. Der Binnenmarkt ist unbestritten das größte Konjunkturprogramm der europäischen Nachkriegsgeschichte. Davon wird auch das deutsche Handwerk profitieren.

Herausforderung und Chance — dies ist der europäische Binnenmarkt auch für das deutsche Handwerk, das sich anerkanntermaßen eine Spitzenstellung unter den Industrieländern der Welt erworben hat. Weniger Behinderungen und größere Freizügigkeit kommen dem Handwerk zugute, insbesondere den Anbietern exportfähiger Waren und Dienstleistungen und den mit der Industrie eng verbundenen Zulieferunternehmen, die dadurch zusätzliche Wachstums- und Beschäftigungsimpulse erhalten.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß das deutsche Handwerk die Zukunftschancen des europäischen Binnenmarktes wahrnehmen kann:

1. Wir werden in Europa nur dann tragfähige Lösungen finden, wenn alle Mitgliedstaaten zu Kompromissen bereit sind. Allerdings gibt es — bei uns wie in anderen Partnerländern — das berechtigte Interesse, besonders bewährte Einrichtungen und Regelungen zu erhalten. Hierzu zählt das deutsche duale Berufsbildungssystem, das in der EG vorbildlich ist und die besten Voraussetzungen schafft, um im europäischen Binnenmarkt erfolgreich zu sein.

2. Die deutsche Handwerksordnung und der Große Befähigungsnachweis, also die Meisterprüfung, bürigen für die Qualität handwerklicher Produkte und Leistungen sowie einer fundierten Aus- und Weiterbildung. Sie dürfen im europäischen Binnenmarkt nicht zur Disposition gestellt werden.

3. Hauptaufgabe ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Klein- und

Mittelbetriebe des Handwerks. Wir brauchen im europäischen Binnenmarkt ein mittelstandsfreundliches Klima, und das heißt: eine gute allgemeine Wirtschaftspolitik, die nach den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft für faire Spielregeln in der Wettbewerbs-, Steuer-, Kapitalmarkt- und Sozialpolitik sorgt. Dazu gehören z. B.

- eine wettbewerbsorientierte europäische Fusionskontrolle, die eine Marktbereichsherrschaft als Folge von Unternehmenszusammenschlüssen verhindert;
- eine konsequente Politik der Begrenzung von Lohnzusatzkosten; und
- ein offenes Europa der Vielfalt, was heißt: Wir wollen den europäischen Binnenmarkt durch den Abbau nationaler Hemmnisse erreichen und nicht durch die Errichtung einer zentralen Bürokratie in Brüssel. Gemeinschaftsvorschriften müssen auf das unbedingt Notwendige beschränkt werden.

Mit den großen Reformwerken hat die CDU die Weichen für die Zukunft gestellt. Die Steuerreform 1986/88/90 ist wegen der Einführung eines linear-progressiven Tarifs auch vom Zentralverband des Deutschen Handwerks „als besondere mittelstandspolitische Leistung und großer handwerkspolitischer Erfolg“ bewertet worden.

Um die Leistungs-, Investitions- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen und damit des deutschen Handwerks im europäischen Binnenmarkt weiter zu stärken und zusätzliche Wachstumskräfte zu mobilisieren, wird die CDU in der nächsten Legislaturperiode die Unternehmensbesteuerung mit dem Ziel einer deutlichen Entlastung reformieren.

Das deutsche Handwerk ist für die Herausforderung „europäischer Binnenmarkt“ gut gerüstet. Seine stärksten Waf-

fen sind Produktqualität und Service. Wichtig ist, daß sich die Handwerksbetriebe ihre Chancen bewußt machen und sich rechtzeitig auf diese Herausforderung einstellen. Sie müssen verstärkt mit modernsten Techniken arbeiten und ihre Waren und Dienstleistungen laufend verbessern. Mehr als früher noch sind eine gründliche Aus- und Weiterbildung erforderlich. Hinzukommen müssen verstärkte Information und Beratung der Handwerksbetriebe, gerade auch mit Blick auf die Chancen des europäischen Binnenmarktes. ■

Rot-grüner Senat erfüllt Forderungen Honeckers

Die Ankündigung des Berliner Senats, die Zahlungen zur Erhaltung der zentralen Erfassungsstelle Salzgitter im Laufe dieses Jahres einzustellen, kommt den langjährigen sogenannten Gerarer Forderungen Honeckers nach Aufhebung dieser Einrichtung in Salzgitter entgegen. Dort werden seit Bestehen der Erfassungsstelle alle bekanntgewordenen Fälle von politischen Gewalttaten und anderen Menschenrechtsverletzungen in der DDR registriert. Da der Schießbefehl noch nicht aufgehoben worden ist, hat der frühere Regierende Bürgermeister von Berlin und jetzige CDU-Oppositionsführer, Eberhard Diepgen, recht, wenn er die Entscheidung des rot-grünen Senats als einen schlimmen Fehler bezeichnet.

Neuer Pressesprecher

Andreas Breitsprecher, seit 1984 Pressesprecher der Konrad-Adenauer-Stiftung, hat seine Tätigkeit in Sankt Augustin beendet. Neuer Leiter der Pressestelle der Konrad-Adenauer-Stiftung ist der 41jährige Journalist Hans Kaiser, zuvor stellvertretender Sprecher der Landesregierung von Rheinland-Pfalz.

Frieden sichern Freiheit sichern

„Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ – das ist seit dem Regierungsantritt von Helmut Kohl Leitlinie deutscher Politik. Der Erfolg gibt ihm recht: 1987 Verschrottung der amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenwaffen, bis 1990 Abzug der Chemiewaffen aus der Bundesrepublik Deutschland.

Und jetzt: Erfolg auf dem NATO-Gipfel!

Die Standfestigkeit von Bundeskanzler Helmut Kohl und unsere Freundschaft mit den USA haben sich wieder bewährt.

Helmut Kohl hat im deutschen Interesse beharrlich verhandelt. So wurde der NATO-Gipfel in Brüssel zu einem Erfolg für die Deutschen und die NATO. Das Bündnis hat sich auf spektakuläre Abrüstungsvorschläge geeinigt:

- Eine 20prozentige Reduzierung der US-Streitkräfte in Europa auf 275 000 Mann, wenn die Sowjetunion bereit ist, ihre in Osteuropa stationierten Truppen auf die gleiche Zahl abzubauen.
- Eine deutliche Verringerung der Zahl der Kampfflugzeuge und Hubschrauber.
- Die Wiener Verhandlungen über konventionelle Abrüstung werden beschleunigt. Schon in sechs bis zwölf

Monaten soll das Verhandlungsergebnis vorliegen und die konventionelle Abrüstung beginnen. Dann wird auch über die atomaren Kurzstreckenwaffen verhandelt.

Jetzt ist Gorbatschow am Zug. Er muß jetzt zeigen, wie ernsthaft seine Abrüstungsangebote sind. Die NATO hat in Brüssel bewiesen: Der Westen ist entschlossen, die historische Chance zu mehr Abrüstung und zur dauerhaften Sicherung des Friedens in Europa zu nutzen!

Erinnern Sie sich:

1982 prophezeite die SPD eine Eiszeit und einen Raketenzaun. Vor dem NATO-Gipfel malte sie das Gespenst eines Bruchs der Allianz an die Wand. Vielleicht kapiert die SPD jetzt: Standfestigkeit zahlt sich aus.

**Helmut Kohl hat Wort gehalten:
Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.**



Juni '89 – Weiter so:

Weniger Arbeitslose Mehr Arbeitsplätze

1 Million neue Arbeitsplätze

Die Frauen sind die Hauptgewinner: 750 000 der neuen Arbeitsplätze entfallen auf sie. Und der Aufwärtstrend geht weiter: Experten sagen, es gibt rund 1 Million offene Stellen.

Lehrstellen wie lange nicht mehr

Statt Lehrstellen werden wieder Lehrlinge gesucht. 60 000 freie Ausbildungsplätze gibt es inzwischen wieder; Helmut Kohl hat Wort gehalten.

Uns Deutschen ging's noch nie so gut

Wir Deutschen haben die höchsten Löhne, die kürzeste Arbeitszeit, den längsten Urlaub und die höchsten Sozialleistungen. Es zeigt sich: Erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik.

Diesen Wohlstand nicht auf's Spiel setzen

Die richtige Politik Helmut Kohls zahlt sich aus – in Deutschland und in Europa.

Deshalb im deutschen Interesse:

Frieden sichern, Wohlstand sichern

Christdemokraten bauen Europa

CDU



Die Zukunft

An die Briefwahl denken!
Anträge bei Ihrer
CDU-Geschäftsstelle

Wer rechtsradikal wählt, wird links regiert.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Helmut Kohl – Kanzler der Europäischen Einigung

VERS UNE NOUVELLE TERRE DE PAIX.



18 JUIN · ÉLECTIONS EUROPÉENNES.

Der französische Staatspräsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl reichen sich über den Gräbern von Verdun die Hand. Die deutsch-französische Freundschaft ist Wegbereiter und treibende Kraft für die Zukunft Europas.

Der französische Staatspräsident François Mitterrand und seine Partei werben im Europawahlkampf mit der Person des deutschen Bundeskanzlers, Helmut Kohl – als großer Europäer angesehen in ganz Europa.

Es ist vor allem sein Verdienst, daß Europa wieder neue Perspektiven hat und der große europäische Binnenmarkt verwirklicht wird.

Großes Europa, große Zukunft.

Christdemokraten bauen Europa



Dies ist die *neueste* Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UiD

18/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lüthje, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,- DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.